

Die Nord-Süd-Ungerechtigkeit von Deutschlands neuem Gasnetz

Welt, 24.10.2024, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus254134638/Wasserstoff-Deutschland-neues-Gasnetz-schafft-neue-Nord-Sued-Ungerechtigkeiten.html>

Die Bundesregierung hat den Bau eines „Wasserstoffkernnetzes“ beschlossen. Doch viele Röhren dürften vorerst leer bleiben. Und ausgerechnet jene Regionen fühlen sich von den Planern abgehängt, in denen die Industrie stark ist: Die Pipelines reichen kaum dorthin.

Große Industriezentren, Kraftwerke und Städte sollen bald über ein deutschlandweites Pipeline-Netz mit dem klimaneutralen Gas Wasserstoff versorgt werden. Am Dienstag genehmigten Bundesnetzagentur und Bundeswirtschaftsministerium den Bau eines „Wasserstoffkernnetzes“ mit einer Länge von 9040 Kilometern. „Alle Bundesländer sind angebunden“, versicherte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne).

„Nach nur 1,5 Jahren Planungszeit durchbricht Deutschland das Henne-Ei-Problem“, sagte BNetzA-Präsident Klaus Müller in Berlin: „Mit dem genehmigten Wasserstoff-Kernnetz können die Netzbetreiber nun schrittweise die Infrastruktur für Wasserstoff aufbauen und betreiben.“ Erste Leitungen würden bereits „ab dem nächsten Jahr umgestellt.“

Mit „Henne-Ei-Problem“ beschrieb der Behördenchef den Umstand, dass es bislang kaum Energieunternehmen gab, die in den Aufbau einer Wasserstoff-Produktion investieren wollten, solange es keine Infrastruktur für den Abtransport des Gases gab. Folglich zögerten auch industrielle Abnehmer mit dem Kauf des klimaneutralen Brennstoffs: Sie hielten stattdessen an der Verbrennung von klimaschädlichem Erdgas fest.

Mit dem Bau des Röhrennetzes soll dieses Investitionshemmnis verschwinden. „Deutschland setzt sich an die Spitze des Wasserstoff-Infrastrukturausbaus in Europa“, lobte Barbara Fischer, Geschäftsführerin des Verbandes der Pipeline-Konzerne, FNB Gas: „Die Genehmigung ist eine sehr gute Nachricht, denn sie gibt potenziellen Erzeugern, Abnehmern und Händlern von Wasserstoff Planungssicherheit.“

Der Bau des größten Wasserstoffnetzes Europas erfordert Investitionen von rund 18,9 Milliarden Euro. Planung und Bau erfolgt durch die Gasleitungsbetreiber. Sie refinanzieren sich über Durchleitungsgebühren der Wasserstoff-Abnehmer. Weil die anfangs nur sehr kleine Zahl an Kunden nicht die hohen Investitionskosten bezahlen kann, streckt der Bund die Ausgaben über ein sogenanntes „Amortisationskonto“ vor. Kommen über die Jahre und Jahrzehnte immer mehr Wasserstoff-Abnehmer hinzu, wird das Konto sukzessive ausgeglichen.

Das 9040 Kilometer lange Röhrennetz soll nur zu 40 Prozent aus Neubauleitungen bestehen. 60 Prozent sind bereits bestehende Erdgas-Leitungen, die „umgewidmet“ werden. BNetzA-Chef Müller betonte, dass die Erdgas-Versorgung dadurch nicht gefährdet werde: Es würden zum Teil sogar für rund zwei Milliarden Euro neue

Erdgas-Leitungen gebaut, um die Versorgungssicherheit während des Hochlaufs der Wasserstoffwirtschaft nicht zu gefährden.

Kapazität entspricht in etwa einem Drittel des heutigen Erdgasverbrauchs

Das jetzt beschlossene System sei nur ein „Startnetz“. Die allein bis 2032 geplante Transportkapazität ist aber schon erheblich, wie FNB-Vize Ralph Bahke ausführte: Die Kapazität entspreche in etwa einem Drittel des heutigen Erdgasverbrauchs. Es handele sich bildlich um eine Art „Wasserstoff-Autobahn“: Abzweigungen, also praktisch die „Landstraßen“ hin zu den Abnehmern in den Regionen müssten dann noch geplant werden. Erste Leitungen sollen aber bereits im kommenden Jahr in Betrieb gehen. So wollen etwa Stahlkonzerne in der Produktion Koks- und Gaskohle durch Wasserstoff ersetzen.

Ob und wann genügend Wasserstoff zur Verfügung steht, ist allerdings unklar. Der gewünschte „grüne“ Wasserstoff wird in Elektrolyse-Anlagen gewonnen, die Wasser unter Einsatz von Ökostrom in seine Bestandteile aufspalten. Bereits 2021 hatte die Bundesregierung beschlossen, bis 2030 in Deutschland eine Elektrolyse-Kapazität von zehn Gigawatt aufzubauen.

Doch aktuell beträgt die Elektrolyse-Kapazität weniger als 100 Megawatt. Sie müsste also in den nächsten sechs Jahren mehr als verundertfacht werden, um das Planziel der Bundesregierung zu erreichen. Eine Wasserstoff-Produktion in industriellem Maßstab ist damit noch nicht im Ansatz zu erkennen: Zur Halbzeit gibt es in Deutschland noch keinen einzigen Elektrolyseur der 100-Megawatt-Klasse.

Die Investoren hatten sich nicht nur wegen der fehlenden Transportleitungen mit dem Bau von Elektrolyseuren zurückgehalten: Ihnen fiel es auch schwer, ein Geschäftsmodell mit dem klimaneutralen Energieträger aufzubauen. Die Kosten von grünem Wasserstoff liegen um ein Vielfaches über denen des Konkurrenzprodukts Erdgas, obwohl dieses durch CO₂-Abgaben bereits künstlich verteuert wurde. Die Industrie hat mehrheitlich Abstand davon genommen, Geschäftsmodelle zu verfolgen, die nur von Subventionen abhängen: Das Vertrauen in die Stabilität politischer Rahmenbedingungen und staatlicher Zuschüsse ist in den vergangenen Jahren verloren gegangen.

Unternehmen wie Siemens Energy, die zusammen mit der französischen Air Liquide bereits etwa in Berlin Werke zum Bau von Elektrolyseuren betreiben, rechnen damit, dass Wasserstoff billiger und am Ende konkurrenzfähig wird, wenn erst eine industrielle Großproduktion in Gang gekommen ist.

Die fehlende Eigenproduktion von Wasserstoff soll durch Importe ausgeglichen werden. Doch ist fraglich, ob der Weltmarkt schnell ausreichend viel Brennstoff liefern kann, um das deutsche Wasserstoffkernnetz zu füllen. Im Auftrag der Bundesregierung hatte die Stiftung H2Global über das Unternehmen Hintco GmbH einen ersten Importvertrag international ausgeschrieben. Doch das Interesse potenzieller Lieferanten blieb dabei äußerst schwach.

Geplantes Wasserstoffkernnetz ist nur in Norddeutschland engmaschig

Auch die „Europäische Wasserstoffbank“ schreibt verstärkt Beschaffungsverträge für den Brennstoff international aus. Zwar sind 13 Grenzübergangspunkte in

europäische Nachbarländer vorgesehen, um das deutsche Netz an den geplanten „European Hydrogen Backbone“ anzuschließen.

Doch international erlahmt vielerorts das Interesse, in die Herstellung des neuen Energieträgers zu investieren: Norwegen etwa zog jüngst das Projekt einer Wasserstoff-Pipeline nach Deutschland zurück. Der spanische Energiemulti Repsol legte laut einem Bericht des Fachportals „Hydrogen-Insight“ geplante Investitionen in drei Groß-Elektrolyseure mit mehr als 350 Megawatt Leistung auf Eis.

Der Rückzug der Spanier ist eine schlechte Nachricht für Süddeutschland: Bayern und Baden-Württemberg hatten gehofft, über Pipelines aus Frankreich und ultimativ aus Spanien mit Wasserstoff versorgt werden zu können. Denn das aktuell geplante Wasserstoffkernnetz in Deutschland ist nur in Norddeutschland eng vermascht, nach Süddeutschland reichen bislang nur einzelne Ausläufer.

Andreas Jung, Energiepolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Abgeordneter aus Baden-Württemberg kritisierte den mangelhaften Ausbau des neuen Pipeline-Systems Richtung Süden: Obwohl Baden-Württemberg zehn Prozent der deutschen Landesfläche ausmache, 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschafte und für 20 Prozent der Industrieleistung stehe, bekomme es nur fünf Prozent der geplanten Pipeline-Kilometer:

Der Wasserstoff-Bedarf im hoch industrialisierten Südwesten wird so nicht ansatzweise gedeckt. Jung kritisierte fehlende „Wasserstoff-Gerechtigkeit“. Die Bundesregierung „plant Wasserstoff-Autobahnen, aber in Baden-Württemberg kommen nicht mal Feldwege an.“